

„Gehörte Heimatkunde“

Landesvereinigung Baden in Europa zieht Zwischenbilanz

Zu Beginn der zweiten Halbzeit des Festjahres „900 Jahre Baden“ sprach sich der Vorsitzende der Landesvereinigung Baden in Europa, Robert Mürb, bei der Sommerpressekonferenz des Vereins vor allem gegen eine Zentralisierung in der baden-württembergischen Kulturlandschaft aus.

Grund dafür seien Gedankenspiele über eine Fusion der Staatlichen Museen für Naturkunde in Karlsruhe und Stuttgart, eine Zusammenlegung der Rundfunkorchester Baden-Baden/Freiburg und Stuttgart und der Landestheater Bruchsal, Ettlingen und Tübingen, sowie der Plan, die Morgensen-

dungen des SWR 4 nicht mehr aus den Regionalstudios, sondern aus Stuttgart zu senden.

Für ältere Leute sei Letzteres wegen der Nachrichten und regionalen Berichte von größter Bedeutung, betont Mürb. „Für viele ist diese Sendung gehörte Heimatkunde“, fügt der stellvertretende Vorsitzende, Harald Dencken, hinzu.

Gegen die Idee, die beiden Museen für Naturkunde in Stuttgart zusammenzulegen, stelle sich die Landesvereinigung Baden in Europa vehement. „Das Museum für Naturkunde in Karlsruhe ist ein Schaufenster von Baden-Württemberg. Die Selbstständigkeit aufzugeben wäre völlig falsch“, so Mürb. Das Museum habe seine Schwerpunkte im museumspädagogischen Angebot und in

Forschungsprojekten, die nur hier stattfinden könnten. Mürb spricht sich alternativ für Einsparungen durch eine Zusammenlegung der Museumsverwaltungen in Karlsruhe aus.

Auf dem Plan der Vereinigung stand außerdem die Städtebauförderung des Landes und der Hochwasserschutz am Oberrhein. Schon wieder seien die Investitionen für das „Integrierte Rhein-

programm“, das eine Wiederherstellung des 200-jährlichen Hochwasserschutzes vorsieht, gekürzt worden. Mürb's Mitstreiter Friedbert Stichling sagt, bei der Städtebauförderung zeige sich eine Benachteiligung des badischen Landesteiles, vor allem dann, wenn man die Fördermittel nicht anhand der Verteilung auf Regierungsbezirke, sondern auf badisch und württembergische Gemeinden betrachte.

Mürb zog abschließend Zwischenbilanz zu „900 Jahre Baden“: „Die Veranstaltungen waren bisher gut besucht. Und das kann nicht nur am Freibier gelegen haben.“

Anne Weiss

„Aus der Mottenkiste“

Die Landesvereinigung Baden wittert Unheil für den badischen Landesteil

Karlsruhe (tt) – Die Landesvereinigung Baden in Europa (LV Baden), die sich als Sprachrohr badischer Interessen im Südwesten versteht, wittert Unheil für den badischen Landesteil. Die Gefahr hört auf den Namen „Stuttgarter Zentralismus“, wie LV-Chef Robert Mürb gestern bei einem Pressegespräch erläuterte.

So habe, kritisierte Mürb, die Stuttgarter Ministerialbürokratie einen alten Hut aus der Mottenkiste geholt: Die Fusion der Naturkundemuseen Karlsruhe und Stuttgart – am Standort Stuttgart, wie die LV Baden mutmaßt. „Bei der Länderfusion 1952 waren beide Museen personell und finanziell gleich ausgestattet“, sagte Mürb. Das Verhältnis habe sich gravie-

rend zugunsten Stuttgarts geändert. Und doch: „Die Besucherzahlen spiegeln das nicht wider. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl sind die Zahlen in Karlsruhe viel besser.“ Die Forderung der Baden-Lobby lautet deshalb: Finger weg vom Karlsruher Museum, zumal das Einsparpotenzial gering sei. Die LV Baden geht von höchstens zwei Millionen Euro aus.

Auch beim Thema SWR schwant Mürb und den Seinen nichts Gutes: Man befürchtet, dass der Standort Baden-Baden erheblich Federn lassen muss. Mürb: „Es ist die altwürttembergische Taktik: Erst fusionieren, dann aushöhlen.“ Einen Vorgeschmack auf das, was kommen könnte, gebe die Diskussion um die Fusion der

beiden SWR-Rundfunkorchester Stuttgart und Baden-Baden/Freiburg. Die LV Baden fordert den Erhalt beider Orchester. Sollte eine Fusion am Standort Stuttgart kommen, drohe „eine Verarmung der Kulturlandschaft am Oberrhein“.

Ein weiterer Dorn im Auge des streitbaren Badenens: Der Hochwasserschutz. Das Integrierte Rheinprogramm (IRP) zum Schutz vor einem 200-jährigen Hochwasser habe ursprünglich bis 1990 abgeschlossen sein sollen. Mittlerweile spreche man von 2028, während Pfälzer und Elsässer ihre Hausaufgaben weitgehend erledigt hätten. Die Forderung der Landesvereinigung: Mehr Geld für Dammsanierung und

Polderbau. „Wenn der Rhein in Württemberg läge, wäre das längst gemacht“, glaubt Mürb.

Doch damit des Schlechten noch nicht genug. Auch bei der Städtebauförderung werde Baden benachteiligt, hat die LV Baden in mühseliger Kleinarbeit errechnet. Das Land führt seine Statistik auf Ebene der Regierungsbezirke, deren Grenzen aber nicht „mit der historischen Grenze des Landes Baden übereinstimmen“. Also hat man die Zahlen für jede Kommune erhoben und dann die badischen und die württembergischen addiert. Resultat: Seit 2008 sind nur 38,4 Prozent der Fördermittel ins Badische geflossen – und das bei einem Bevölkerungsanteil von 42,4 Prozent.